

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pzb n d

## Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski,  
Stellvertretender SPD-  
Vorsitzender, erläutert  
den Stellenwert des Mün-  
chener Parteitages für die  
SPD. Seite 1-3

Willy Brandt, SPD-Vor-  
sitzender, legt dem Münch-  
ner Parteitag seinen  
Rechenschaftsbericht vor:  
Aus den Fehlern der Ver-  
gangenheit lernen. Seite 4-8

Auszüge aus dem Grußwort  
des DCB-Vorsitzenden Heinz  
Oskar Vetter an die Dele-  
gierten des SPD-Partei-  
tages in München. Seite 9

37. Jahrgang / 73

19. April 1982

### Kein Parteitag der Koalition

-----  
In schwieriger Zeit für mehr soziale Gerechtigkeit

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB  
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Dieses ist der 3. Parteitag, den die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in München durchführt. Der erste fand im September des Jahres 1902 statt. Der Parteitag forderte die Einführung der Arbeitslosenversicherung. Der Parteitag bemühte sich erstmals um gemeinsame Grundsätze für die Kommunalpolitik. Auseinandersetzungen gab es um die Publikationen der Partei. Der hervorragend wiedergewählte August Bebel sprach zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. Dieser Münchener Parteitag wurde geleitet von Georg von Vollmar und Paul Singer.

Es besteht Anlaß, nicht nur aus historischen Gründen, einige Sätze aus dem Schlußwort Singers zu zitieren. "Wenn ich sagte, daß die Münchener Tage in der Partei nicht vergessen werden, so bezieht sich das nicht nur auf den Gegenstand, den ich dabei hervorgehoben habe, es bezieht sich auch auf die Arbeiten, die wir hier geleistet haben. Die Gegner und ihre Presse haben geglaubt, daß in München ein Parteitag stattfinden würde, auf dem die Zerrissenheit, die Spaltung der Partei, den Hoffnungen der Gegner entsprechend, endlich einmal zur Tat wird. Ich habe nicht die Hoffnung, die Gegner in dieser Beziehung irgendwie belehren zu können. Die Gegner haben die Partei schon so oft auseinander fallen lassen, daß es auf einmal mehr oder weniger nicht ankommt.

Wer aber objektiv, ohne sich selbst Illusionen zu machen, die Verhandlungen des Parteitages verfolgt hat, der muß anerkennen, daß trotz der Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen prinzipielle Übereinstimmung bei uns herrscht und daß wir alle uns einig wissen bei derjenigen Tätigkeit, die unsere allererste und ernsteste Aufgabe ist, in der Tätigkeit, die Gesetzgebung so zu gestalten, daß die Arbeiterklasse bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erlangt, in der Tätigkeit, die darauf hinausgeht, politische Zustände in Deutschland zu schaffen, die es ermöglichen, Deutschland einen Kul-

turstaat zu nennen. Da wissen wir uns alle einig, und einmütig kämpft der eine mit den anderen, es herrschen in diesen Fragen des praktischen politisch-wirtschaftlichen Kampfes nicht die geringsten Meinungsverschiedenheiten. Das sollten die Gegner endlich einsehen."

Der 2. Parteitag in München fand im Juli 1956 statt. Er war der zweiten industriellen Revolution gewidmet. Carlo Schmid und Leo Brandt hielten zu diesem Thema die Reden. Die Partei verabschiedete einen Plan zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. In den 26 Jahren seit diesem Parteitag hat sich viel verändert. Dennoch empfehle ich, die Dokumente dieses Parteitages nachzulesen.

Willy Brandt war damals Delegierter aus Berlin. Helmut Schmidt war Hamburger Delegierter. Herbert Wehner gehörte schon dem Parteivorstand an. Andere, die heute in anderen Aufgaben teilnehmen, waren damals Delegierte. Aber zwei Delegierte dieses Münchner Parteitages waren auch damals Delegierte ihrer Bezirke: Ich grüße Horst Katzor, Oberbürgermeister und Unterbezirksvorsitzender in Essen seit vielen Jahren. Ich grüße Alex Möller, den Vorsitzenden unseres Seniorenrates, erfolgreich in vielen Aufgaben für unsere Partei. Lieber Alex, namens des Parteitages darf ich Dir sehr herzlich gratulieren und danken für 60 Jahre Mitgliedschaft in unserer Partei.

Wir haben aber auch besonderen Anlaß, an den Parteitag von 1952 in Dortmund zu erinnern. Vor 30 Jahren wurde der damalige Hamburger Bundestagsabgeordnete Herbert Wehner zum ersten Mal in den Parteivorstand der SPD gewählt. Und diese 30 Jahre gehört er ihm ununterbrochen an.

Herbert Wehner kann an diesem Parteitag leider wegen Krankheit nicht teilnehmen. Er befindet sich schon auf dem Wege der Besserung, aber die Ärzte haben ihm noch acht Tage Bettruhe verordnet. Der Parteitag übermittelt Herbert Wehner herzliche Grüße und Genesungswünsche. Wir wünschen ihm, daß er seine für uns alle so wichtige Aufgabe als Vorsitzender unserer Bundestagsfraktion so bald wie möglich wieder in vollem Umfang aufnehmen kann. Wir danken ihm für die Arbeit, die er als Vorsitzender der Antragskommission für diesen Parteitag geleistet hat.

Herbert Wehner hat in einem Gespräch mit Willy Brandt darum gebeten, auf seine Kandidatur für den Parteivorstand diesmal zu verzichten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dankt Herbert Wehner. Wir danken für 30 Jahre harter Arbeit im Parteivorstand. Wir danken dem stellvertretenden Parteivorsitzenden von 1958 bis 1973. Wir danken dem Vorsitzenden der Kommission für Organisationspolitik von 1960 bis heute.

Wir danken dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten seit 1949, dem Fraktionsvorsitzenden seit 1969. Wir danken dem Bundesminister von 1966 bis 1969. Wir danken Herbert Wehner.

Dies ist der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Es ist nicht der Parteitag der Koalition. Dementsprechend werden wir beschließen. Unsere Arbeitsergebnisse werden in der Koalition korrekt und fair mit unserem Koalitionspartner FDP beraten. Dabei hat die Regierungserklärung vom 24. November 1980 ihre besondere Bedeutung.

Sozialdemokratische Parteitage abzuhalten bedeutet für mich dreierlei:

- 1./ Wir müssen gemeinsam um den besten Weg miteinander ringen. Auseinandersetzungen auf dem Parteitag sind keine Schande. Im Gegenteil: Das gehört zu den Aufgaben unserer Partei.
- 2./ Beschlüsse, die wir fassen, sollen eindeutig sein und klar.
- 3./ Gefaßte Beschlüsse müssen nach dem Parteitag gemeinsam vertreten werden. Wer in der Minderheit geblieben ist und meint, seine abweichende Haltung am Tage nach dem Parteitag öffentlich vertreten zu müssen, der muß wissen, daß er der Partei schweren Schaden zufügt.

Parteitage der SPD sind Meilensteine in der langen Geschichte unserer Partei. Im nächsten Jahr werden wir auf eine 120jährige Geschichte zurückblicken. Der Meilenstein, den wir diese Woche zu setzen haben, der liegt an einer sehr schwierigen Wegstrecke.



Die internationale Lage hat sich verschlechtert. Das Verhältnis zwischen den Weltmächten hat sich verschlechtert. Die Welt ist voller Konflikte. In der Dritten Welt gibt es gefährliche kriegerische Auseinandersetzungen. Millionen Menschen sind auf der Flucht.

Die Weltwirtschaft befindet sich in ihrer tiefsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. 800 Millionen Menschen hungern. In den Staaten des Comecon gibt es große Versorgungsprobleme. In den westlichen Industrieländern bewegt sich die Zahl der Arbeitslosen auf die 30 Millionen zu.

Auch unser Land und seine Menschen sind betroffen, wenngleich wir auch in einer unvergleichbar besseren Lage sind als andere. Und unsere Partei würde ihren Auftrag nicht erfüllen, wenn das in ihr nicht spürbar würde.

Liebe Genossinnen und Genossen, laßt uns den Meilenstein 1982 so setzen, daß wir vor der Geschichte unserer Partei bestehen können, daß wir das Vertrauen rechtfertigen, das uns als führende Regierungspartei entgegengebracht worden ist, daß wir verlorenes Vertrauen zurückgewinnen und neues Vertrauen erarbeiten. Nicht aus Eigeninteresse: Sondern um unseren Beitrag zu leisten, den Frieden zu erhalten, die Freiheit zu bewahren und gerade in schwieriger Zeit für mehr soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.

(-/19.4.1982/ks/va)

+ + +

(Auszüge aus der Rede Hans-Jürgen Wischnewskis am ersten Tag des SPD-Parteitages in München)



## Ohne den Frieden ist alles nichts

Wir müssen die Sorgen der breiten Schichten zu unseren Sorgen machen

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Von der Partei im ganzen wird zu Recht erwartet, daß sie Wahlkämpfe führt, daß sie um Vertrauen ringt für den sozialdemokratischen Bundeskanzler und die anderen, die in Bund, Ländern und Gemeinden herausgehobene Verantwortung tragen. Aber die Partei muß zugleich weitergreifen: Zeitlich, inhaltlich, perspektivisch. Wer da suggeriert, die Partei müsse zwischen Wahlen Beifall spenden und im übrigen unauffällig ihr Vereinsleben führen, der tut dem Bundeskanzler oder unseren Länderchefs und Bürgermeistern keinen Gefallen. Bei einer solchen Verengung würde die Partei unfähig werden, Mehrheiten zu bilden und zu binden.

Ja, wie finden wir in Zukunft Mehrheiten? Es ist gesagt worden, links von der Mitte gebe es keine Mehrheit mehr. Darüber könnte man lange einen unsinnigen Streit führen. Für die meisten Bürger repräsentiert die FDP die politische Mitte und doch erhält sie nur selten mehr als zehn Prozent der Stimmen. Wir dürfen uns nicht aus der Mitte herausdefinieren lassen, sondern müssen die linke Mitte besetzen.

Vor zehn Jahren wurde gesagt, links von uns gebe es nicht mehr, als daß es vernachlässigt werden könnte. Heute gibt es nach einer Seite, die ein geeichter Sozialdemokrat nicht unbedingt links nennen kann, immerhin einiges, was uns Stimmen kostet und das Interesse zumal junger Menschen findet.

Nun sagen andere: Aber noch gefährlicher sind Verluste, die dadurch entstehen, daß Arbeitnehmer im Hause bleiben oder gar nach rechts wegsacken. Darüber brauchen wir überhaupt nicht zu streiten.

Die eigentliche Frage ist: Für welche Politik wollen und für welche Politik können wir Mehrheiten finden? Ich meine: Bestimmt für eine Politik, die den Interessen und Wünschen der breiten Schichten entspricht! Und dazu muß man das Bündnis bestätigen und erneuern, das im Godesberger Programm angelegt ist: Das Bündnis der Arbeitnehmer mit all denen, die eine aktive Sicherung des Friedens, der geistigen Freiheit und der sozialen Reformen wollen.

SPD heißt: Die Sorgen der breiten Schichten sind unsere Sorgen. Wir können sagen: Nach mehr als zwölf Jahren sozialdemokratischer Führung der deutschen Politik geht es ein Stück gerechter zu in unserem Volk. Es bleibt Ungerechtigkeit genug. Wieder gilt: Wir können verbessern, wir können korrigieren und ausgleichen. An "die" gerechte Gesellschaft können wir nur Annäherungen erzielen. Diese Feststellung ist nicht resignativ. Die Annäherung an die Gerechtigkeit unter neuen Bedingungen: Das bleibt die Aufgabe, die groß genug ist für ein Menschenleben, größer als in einem Menschenleben erreichbar.

Und so muß es weiter heißen: Sicherung des Friedens mit denen, die die Entspannungspolitik konzipiert und die sie durchgesetzt haben! Politik für Arbeitnehmer mit denen, die aus der Arbeiterbewegung kommen! Reformpolitik für mehr Gerechtigkeit, für eine bessere Qualität der Arbeits- und Lebensbedingungen und für die schrittweise Verwirklichung des Kulturstaats!

Vielem, was man von uns erwartet, können wir heute nicht gerecht werden. Doch haben wir allen Grund, genau hinzuhören, wenn uns aus den Reihen der Getreuesten gesagt wird, sie möchten die sozialdemokratische Handschrift erkennen können. Das heißt, sie möchten nicht nur den jeweiligen Kompromiß kennen, sondern auch das, womit wir in Verhandlungen gegangen sind. Für die Diskussion in den Betrieben, aber nicht nur dort, ist dies von Bedeutung. Die Arbeitnehmer müssen wissen, müssen es weiter als selbstverständlich voraussetzen, daß wir ihr Auskommen ernster nehmen als die Abschreibungsgesetze für die obere Mittelklasse.



Wir bekämpfen Grüne Parteien, weil sie unsere Gegner sind und weil sie im Endeffekt den CDU-Staat fördern. Im übrigen: Friedensbewegung, ökologische Gruppen, Fraueninitiativen und andere sind jede für sich und miteinander nicht leicht auf einen Nenner zu bringen. Aber wir haben keinen Grund, uns abzuschotten, sondern alle Veranlassung, für uns zu gewinnen, wer für positive gesellschaftliche Veränderungen in der Demokratie streitet. Ich verzichte leichtfertig auf keinen Wähler.

Ich habe von Fraueninitiativen gesprochen: Die Partei registriert nur zögernd, wie sich das Bild der Frau in der Gesellschaft ändert. Hoffentlich sind wir mindestens darin einig, wie wichtig es ist, daß die Töchter endlich angemessene Chancen erhalten, sich im Beruf zu bewähren.

Die Diskussion um die Identität der Partei, die in den vergangenen Monaten geführt wurde, war nicht durchweg hilfreich, aber das Ergebnis war trotzdem nützlich. Sie hat gezeigt, daß die Partei sich und die Arbeitnehmerschaft, die sie vertritt, nicht in falschen Frontstellungen drücken lassen darf.

Ich bleibe dabei: Es ist überflüssig und sogar falsch, Ökonomie und Ökologie in Gegensatz zu bringen. Falsch wäre es auch, Arbeitnehmer und Studierende gegeneinander auszuspielen. Auf deutsch gesagt: Wir haben doch - übrigens besonders in München 1956 - nicht für die Bildungsgesellschaft gekämpft, um jetzt die, die unseren Aufforderungen gefolgt sind, als "Akademiker" auszugrenzen. Nur weil einer auf die Universität gegangen ist, ist er deswegen noch kein Sozialdemokrat. Aber es ist doch auch nicht so, daß einer, nur weil er auf einer Hochschule war, plötzlich als Arbeitnehmer nicht mehr ernstgenommen werden sollte.

Auch die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst kann kein Vorwurf sein. Wohl aber will mir scheinen, daß die SPD aufpassen muß, nicht als verlängerter Arm des öffentlichen Dienstes betrachtet zu werden. Die mit seinen höheren Etagen identifizierten "Privilegien" finden ohnehin wenig Verständnis bei vielen Bürgern. Die SPD ist ein an Grundwerten orientiertes Bündnis für Frieden, Arbeit und gesellschaftlich-kulturellen Fortschritt. Kurt Schumacher und Ernst Reuter, jeder auf seine Weise, haben dazu Wegweisendes gesagt, bevor wir uns noch auf das Godesberger Programm stützen konnten. Ob man es nun Integration nennt oder nicht: Ich habe dafür plädiert, die Fragen und Furcht einer neuen jungen Generation ernst zu nehmen, ihr entgegenzukommen, mit ihr zu sprechen. Ich entschuldige mich dafür nicht. Die Zukunftsaussichten dieser Generation sind eben nicht so rosig, daß man ernste Sorgen als Wehleidigkeit abtun dürfte, wenngleich es auch die gibt.

Bei uns kann mitarbeiten, wer der Gesinnung und den Zielsetzungen nach zu uns gehört. Es wäre töricht, tatsächlichen Aussteigern nach dem Munde reden zu wollen. Aber wenn wir uns nicht mühen, den Anliegen unserer Kinder nachzugehen, dann werden sie ganz andere, gegen uns und womöglich gegen die Gesellschaft überhaupt gerichtete Antworten finden.

Ich vermute, daß in der noch jungen Diskussion darüber, was "Bewegung" sein kann und was Partei sein muß, noch einiges aufzuarbeiten sein wird. Mir kommt dabei zu kurz, was die Arbeiterbewegung für viele von uns als gelebte Wirklichkeit bedeutet hat. Gewiß, Partei muß etwas anderes und mehr sein als ein Kreuzzug der Worte und Gefühle. Aber unsere Partei war immer auch ein Stück Freiheitsbewegung und Kulturbewegung, sie muß auch heute als Geschichts- und Gesinnungsgemeinschaft verstanden werden.

Und wenn wir wieder mehr Erfolg haben wollen, wird dazu gehören müssen, daß wir - wieder - von wesentlichen Teilen des geistigen Deutschland begleitet und mitgetragen werden. Ich glaube, daß sich das Angebot, das die Partei zur Orientierung der Menschen bereithält, verstärkt nicht nur auf ökonomisch-politische, sondern auch auf geistig-wertemäßige Fragen beziehen muß.

#### SPD - Partei des Friedens

Ohne den Frieden ist alles nichts. Deshalb machen wir eine Politik der aktiven Friedenssicherung. Deshalb wünschen wir - wir alle miteinander -, daß der Wahnsinn des Wettrennens endlich aufhört - auf daß "Schwerter zu Pflugscharen" geschmiedet werden können.



So steht es übrigens auch am Sockel des sowjetischen Denkmals neben dem Gebäude der Vereinten Nationen in New York. Und man darf fragen, ob die Staatsschützer der DDR wirklich glauben, sie könnten ihre Mitbürger drangsaliieren, weil diese Menschen sich daran erinnern, was das Alte Testament über Schwerter und Pflugscharen sagt.

Doch es geht nicht allein um das Wettrüsten und darum, daß die Rüstungskosten dazu beitragen, die Weltwirtschaft zu ruinieren. Es geht auch um den Nord-Süd-Konflikt, um den Weithunger und weltweite Gefahren der Bevölkerungsexplosion, die Umweltzerstörung, die Rohstoffvergeudung - Gefahren, in die die Völker hineintreiben, anstatt daß die Staaten gemeinsam handeln, um das sie alle bedrohende Unheil abzuwenden.

Ich halte es für sehr bedauerlich und für bedenklich, daß das Engagement für die Dritte Welt weithin so provinziell geblieben ist. Wo doch unsere eigenen Interessen auf dem Spiel stehen: Arbeitsplätze von morgen, aber auch die Gefährdung des Weltfriedens. Ost-West mischt sich mit Nord-Süd. Außerdem ist es ja eher unwahrscheinlich, daß Millionen hungernder Menschen auf die Dauer schweigend sterben werden.

Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik geht - wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft - von jenen Grundsätzen aus, die unsere Partei zur ersten organisierten Friedensbewegung seit dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 gemacht hat. Sozialdemokraten sind dafür diffamiert und verfolgt worden. Gestützt auf das geschichtliche Erbe, haben wir durch unsere Friedenspolitik Voraussetzungen dafür schaffen können, daß wir in zuverlässiger Partnerschaft und guter Nachbarschaft mit anderen leben.

Wir lassen uns auf machtfernen Irrationalismus ebensowenig ein wie auf nur noch machtbestimmten Opportunismus. Wir mögen den Schmollwinkel nicht, obwohl man in ihm, ganz unter sich, immer so angenehm recht behält. Aber wir werden uns gegen den Strom stellen, wenn dieser sich wieder einmal ein falsches Bett zu graben versuchen sollte.

Es gibt keine moralische Position, die noch Gewaltanwendung zur Lösung von Konflikten zwischen den Blöcken, also auch den Staaten, rechtfertigen könnte. Und die deutschen Sozialdemokraten werden nicht ihre Hand dazu reichen, wenn man diesem Staat eine selbstmörderische Machtpolitik zumutete. Das Verteidigungsbündnis, zu dem die Bundesrepublik gehört, zu dem die SPD sich bekennt und zu dem unser Volk mit der Bundeswehr einen ansehnlichen Beitrag leistet, würde an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen, wenn es nicht bei der Konzeption bliebe, daß Abschreckung und Verhandlungen - das eine und das andere: militärische Sicherheit und Entspannung - zusammengehören. Der einzige Bündniszweck, nämlich die Verteidigung, ist an erster Stelle eine politische Aufgabe.

Eine solche Haltung ist nicht wertneutral. Zu den westlichen Werten gehören: Die feste Bindung an das System der repräsentativen Demokratie; Augenmaß und Vernunft als öffentliche Grundeigenschaften, die Unbeirrbarkeit darin, den Menschen über jedes Dogma zu stellen; der Verzicht auf das Ausgrenzen von Andersdenkenden, von Minderheiten; der geistige Pluralismus und die tatsächliche Vielfalt; die Unfähigkeit zum Massenwahn.

Welche politische Gruppierung oder Partei in unserem Vaterland will uns - im Blick auf diese Tugenden - Mores lehren? Die SPD ist groß geworden mit diesen Werten. Sie hat für sie gestritten und gelitten. Sie sind bei ihr kein dünner Firnis. Und sollte es einmal kritisch werden, so würde man die deutschen Sozialdemokraten dort finden, wo sie immer standen: Bei den Idealen der Freiheit und des gesitteten, also des demokratischen und geistigen Deutschland. Jawohl, wir werden unser politisches System verteidigen. Aber gegen Kreuzzug-Mentalität ist die Sozialdemokratie immun. Und Täuschung gehört nicht zu den Eigenheiten unserer Politik. Wir wollen mit den Frauen und Männern unseres Landes wie mit unseren verbündeten und nichtverbündeten Partnern in der internationalen Politik weiterhin redlich umgehen.

Im Bündnis gibt es interessenbedingte Meinungsverschiedenheiten und solche, die sich aus unterschiedlicher Erfahrung ergeben. Der Ministerpräsident Strauß verhält sich einfach unwürdig, wenn er der Regierung in Washington darüber faulen Zauber vormacht.

Ist etwa Robert McNamara anti-amerikanisch? Oder Kennan, Fullbright, George Ball? Es gehört viel Ignoranz dazu, nicht zur Kenntnis zu nehmen, daß eine ernste Diskussion über die Rolle der nuklearen Verteidigung begonnen hat. Und mit der amerikanischen Friedens-



bewegung wird man es sich in Washington vermutlich nicht so leicht machen können wie mit der in einigen europäischen Ländern.

Wir Sozialdemokraten wollen weiterhin enge, vertrauensvolle, freundschaftliche Beziehungen mit den USA. Deshalb greife ich hier wieder auf, was ich vor ein paar Jahren im Bundestag angeregt habe: Die Intensivierung des deutsch-amerikanischen Austausches für Schüler, für junge Arbeitnehmer, für Studenten würde eine gute Anlage für die Zukunft sein.

#### Über uns selber hinaus

Es ist kein Geheimnis: In den letzten anderthalb Jahren ist die Zahl der Neueintritte in die SPD im ganzen genommen geradezu kläglich. In der Bilanz ergibt sich ein Mitgliederschwund von nahezu 30.000. Vor allem junge Frauen und Männer finden kaum noch zu uns.

Ich will hier keine organisationspolitischen Probleme wälzen. Aber ich halte es für nötig, daß ich in Stichworten auf einige der wichtigsten Aufgaben hinweise: Da ist zunächst die schon positiv vorweggenommene Frage, wie wir wieder zu mehr lebendigen Ortsvereinen kommen. Und was wir von denen lernen können, die lebendig geblieben sind oder sich erneuert haben. Übrigens auch, was die Arbeit der Selbständigen angeht.

Das Wirken der Betriebsgruppen soll so gestärkt werden, wie es sich aus dem Euch vorliegenden Antrag ergibt. Der soll ein Stück historischer Selbstbesinnung sein und gleichzeitig ein Auftrag an die Partei. Nämlich dieser: Die Sozialdemokraten, die in den Betrieben hohe Verantwortung tragen, nicht über den Einheitsleistern zu schlagen und nach bürokratischen Maßstäben zu behandeln. Dies ist ganz entscheidend für die künftige Entwicklung unserer Partei. Arbeitnehmer sind weder Hausmacht noch Stammebelegschaft. Wer die Geschichte kennt, weiß: Die Sozialdemokratie muß sich ihre Beziehung zur Arbeitnehmerschaft immer neu verdienen.

Weiter nenne ich die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaften, und hier vor allem die der Frauen, deren Skepsis und gelegentliche Erbitterung ich gut verstehen kann. Die Gleichstellungskommission von 1979 sollte neu belebt werden. Auch bei den Wahlen zum Parteivorstand bitte ich, hieran zu denken.

Wir sollten auch darüber nachdenken, wie wir bestimmte gesellschaftliche Gruppen wieder für unsere Politik interessieren können. Ich denke da an die Schriftsteller und Künstler, von denen nicht wenige sich mit uns auf den Weg zu Mehrheiten gemacht hatten. Ich denke gleichermaßen an die, die in den Kirchen engagiert sind.

Schließlich hebe ich noch einmal die Arbeit in den Städten und Gemeinden hervor. Zur Erneuerung von unten gehört vorrangig, unser Vertrauen vor Ort und im Ort neu zu begründen. Wer nur nach Bonn sieht, greift argumentativ zu kurz. Wir müssen die Politik für den Bürger wieder stärker erfahrbar und nachvollziehbar machen. Dazu gehört die Arbeit im "vorpolitischen" Raum. Wir müssen die Vertrauensarbeit vor Ort mit neuem Schwung beginnen; wir dürfen die Vereine nicht anderen allein überlassen.

Bei den Landtagswahlen in Hamburg mit Klaus von Dohnanyi, in Hessen mit Holger Börner steht viel auf dem Spiel. In Bayern verdient Helmut Rothemund gleichermaßen viel Unterstützung. Wir brauchen - in Hamburg gegen Kiep, in Hessen gegen Dregger, in Bayern gegen Strauß - die Stimmen aller erreichbarer Wähler auch dafür, daß das Regieren in Bonn nicht noch sehr viel schwerer oder gar gelähmt wird.

Es hat in den letzten zwölf Monaten viel Irritation in der Koalition gegeben. Es gab Profilierungsmanöver einiger bei den Freien Demokraten, die zuweilen die Grenze dessen erreichten, was man uns zumuten kann. Gleichwohl: Trete ich dem Koalitionspartner zu nahe oder auf die Füße, wenn ich vermute, daß auch er mit einer gewissen Unsicherheit und Orientierungslosigkeit zu kämpfen hat? Beide Partner sollten nach vorn blicken, über das jeweils Nächstliegende hinaus.



Die Koalition zwischen Sozialdemokraten und Liberalen hat etwas geleistet; diese Zusammenarbeit kann und soll Zukunft haben: Einfach weil genügend Aufgaben vor uns liegen, die von diesen beiden Parteien gemeinsam am besten gelöst werden können. Das gilt nicht nur für die klassischen innenpolitischen Felder, die etwas in den Hintergrund geraten scheinen: Rechtsstaatlichkeit und Liberalität, Gleichstellung der Frauen, Gespräch zwischen den Generationen, auch Umweltpolitik und das Verhältnis zu den Ausländern.

Doch neu auf den Prüfstand kommt die Reformtätigkeit der Koalition im sozial-ökonomischen Bereich. Die Gemeinsamkeit sollte sich hier aus dem Willen ergeben, die Aufgaben nicht im konservativen, sondern im reformerischen Sinn anzupacken und zu lösen. Die Überwindung des Status quo und die neue Hinwendung zu Reformen wären der Wind, der das Boot der Koalition wieder in Fahrt bringen könnte: Behebung der Jugendarbeitslosigkeit, Beschäftigungspolitik überhaupt, Wirtschaftsdemokratie, Fragen der neuen Verantwortung in Bund, Ländern und Gemeinden.

Wir möchten die Bereitschaft verstärken, mit dem Partner nicht nur Koalitionskompromisse auszuhandeln, sondern im Rahmen des Möglichen längerfristige, perspektivische Probleme anzugehen. Auch die Freien Demokraten stehen vor einer Entscheidung. Und ich unterstelle, sie wissen, was im ganzen und für sie selbst auf dem Spiel steht.

Die "Mehrheit diesseits der Union" im Lande, auf die wir Sozialdemokraten angewiesen sind, existiert. Es ist jene, die sich vor gerade 18 Monaten den Unionsparteien verweigert hat. Diese Mehrheit kann durch taktische Fehler verspielt werden, auch durch Fehlreaktionen der Freien Demokraten. Zusammengehalten werden kann sie durch bloßes Taktieren nicht. Auch nicht durch bloße Warnungen vor einer echten Mehrheitskonstellation. Zusammengehalten werden kann sie nur durch inhaltliche Ziele: Durch Orientierung, die wir geben können, durch Reformen, zu denen wir bereit sind.

Und seien wir uns über eines klar: Die schwammige, bißlose Kohl-Linie scheint heute ganz erfolgreich. Aber wer selbst in der Opposition über die eigenen Beine stolpert, der würde nicht lange die Richtlinien der Politik bestimmen.

Ich sehe unsere Schwächen. Ich sehe unsere Fehler. Aber manchmal, wenn ich darüber nachdenke, dann möchte ich das deutsche Volk beschwören, die Deutschland- und Entspannungspolitik, die für unser Land so schrecklich wichtig ist, nicht in die Hände der Abeleins und Wörners fallen zu lassen. Dann möchte ich die Bürger der Bundesrepublik bitten, sich ganz genau zu überlegen, was aus unseren sozialen Sicherungssystemen würde, wenn Strauß das Sagen bekäme, der voller Menschenverachtung von der Hängematte spricht. Und wie würde es wohl um die Liberalität in diesem Land bestellt sein, wenn ein Dregger seine Finger ins Spiel brächte. Dies alles darf nicht sein.

Ich glaube, dies kann ein guter Parteitag werden. Ich bitte Euch darum, solide Beschlüsse zu fassen, Euch nicht unnötig zu zerstreiten. Und ich bitte Euch darum, politische Kraft zu sammeln und den Blick nach vorn zu richten.

Ich habe in den achtzehn Jahren als Parteivorsitzender - und in anderen Funktionen zuvor - Krisen erlebt, Siege und Erfolge, doch auch Enttäuschungen und Vorwürfe untereinander. Eines aber hat sich immer bestätigt: Gefahren kommen vor allem aus dem Kleinmut, der Ängstlichkeit, dem Sich-Festklammern am Bestehenden. Kraft aber entsteht aus dem Mut, gerade in kritischen Situationen das Neue, das da entsteht, anzupacken und zu formen. Und zu wissen, eine Zukunft haben, das heißt: Ziele und Aufgaben, die über uns hinausweisen.

(-/19.4.1982/ks/va)

+ + +

(Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht Willy Brandts auf dem Münchener Parteitag)





Resignation greift um sich  
-----

Aus dem Grußwort des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter zu den Delegierten des Münchener SPD-Parteitag:

"In unserem Mai-Aufruf fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund: "Arbeit für alle - in Frieden und sozialer Sicherheit". "Arbeit schaffen" ist ein Motto dieses Parteitages. Die sozialdemokratische Zielsetzung entspricht den gewerkschaftlichen Forderungen. Das wissen wir zu schätzen - aber damit ist das Problem noch nicht gelöst. Die Wirklichkeit spricht eine andere Sprache: Das Recht auf Arbeit, eines der Grundrechte des Menschen, wird mit dem hohen Lied von der Sozialen Marktwirtschaft auf den Lippen von vielen Seiten mit Füßen getreten. Die Gewerkschaften haben seit Jahren in steigendem Maße vor der wachsenden Arbeitslosigkeit und ihren verheerenden Folgen gewarnt. Bereits 1977 haben wir unser bis heute nicht widerlegbares Programm vorgelegt. Wir wurden weder von der Wirtschaft noch von Teilen der Regierung ernst genommen. Unsere Sorgen wurden zum Teil als Zweckpessimismus abgetan. Heute leiden Millionen von Menschen unter der Massenarbeitslosigkeit. Die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise und die mit ihr erstarkten konservativen Kräfte haben eine Situation geschaffen, deren Brisanz noch gar nicht überall voll erfaßt wird.

Wir müssen eine zunehmende Resignation der Menschen, vor allem der Jugend in unserem Land, den Beginn einer Parteien-, Organisationen- und Staatsverdrossenheit feststellen, die an die Wurzeln unserer Demokratie gehen. Und wir müssen eine gefährliche Suche nach falschen Schuldigen feststellen. Die Parole: "Ausländer raus!" macht in ihrer abzulehnenden und politisch bedrohlichen Vereinfachung die Runde und droht einen unsozialistischen, antidemokratischen Geist in unserer Gesellschaft zu verbreiten. Selbst der Staat scheint entschlossen, die Lasten der Wirtschaftskrise auf diejenigen abzuwälzen, die der Hilfe am meisten bedürfen: Anders kann man die neue Zumutbarkeitsregelung nicht verstehen! Es kann doch nicht angehen, Kolleginnen und Kollegen, Arbeitslose abzuqualifizieren, wenn auf eine offene Stelle 15 Arbeitslose drängen.

Wir sind immer wieder unmißverständlich gegen die Ausbeutung unseres sozialen Netzes angetreten, aber solche Entscheidungen - ich brauche das nicht besonders zu betonen - stoßen bei den Gewerkschaften auf völliges Unverständnis. Sie verstoßen nicht nur gegen den Grundsatz der Solidarität, solche Entscheidungen demonstrieren auch, daß der Staat seine Gestaltungsmöglichkeiten nicht nutzt. Dies kann gefährliche Folgen haben - für den einzelnen Betroffenen ebenso wie für die gesamte Gesellschaft.

Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Schicksal. Arbeitslosigkeit hat gesellschaftliche Ursachen und muß daher gesellschaftspolitisch bekämpft werden. Deshalb haben die Gewerkschaften die Initiative ergriffen, in einer Reihe von Gesprächen die direkte Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen zu suchen. Und sie haben gleichzeitig ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, alle Vorschläge in Betracht zu ziehen, alle Wege ernsthaft zu prüfen, die einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten können."

"Die - in ihren Grundsätzen längst ausformulierten - Konzepte der SPD müssen offensiv begründet und vertreten werden. Wir müssen auch und gerade in diesem Bereich aus der Defensive herauskommen. Wir müssen zeigen, daß konservative Problemlösungen - von welcher Art auch immer - nicht weiterhelfen. Wir müssen an ihre Stelle unsere eigenen Perspektiven setzen, für unsere Ideale zu überzeugen. Es geht darum, die Grundsätze einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaftspolitik darzustellen. Dabei kann sich zeigen, daß einige heilige Kühe geopfert werden müssen, die den Marktwirtschaftsideologen lieb und teuer sind. Davor sollte man aber keine übertriebene Angst haben. Es muß doch auch wählerwirksam zu vermitteln sein, daß wir eine derartige Alternative nicht wollen: Wir wollen nicht unsere Sozialgesetze opfern, wir wollen nicht die sozialstaatlichen Grundlagen unserer Gesellschaft der Marktwirtschaftsideologie zum Fraß vorwerfen.

Auch die Opposition sollte hier Farbe bekennen. Will sie die Sicherung und den Ausbau des sozialen Netzes? Nach allem, was ich bisher gehört habe: nein. Will sie eine Politik à la Reagan und Thatcher? Die Opposition hat sich davon bisher noch nicht distanziert. Es ist kein guter demokratischer Stil, sich als Regierungsalternative anzubieten, ohne zu erklären, was die Arbeitnehmer erwartet." (-/19.4.1982/bgy/va)